

Abschlusskommuniqué

41. Sitzung des Ausschusses für interregionale Zusammenarbeit der Deutsch-Polnischen Regierungskommission für regionale und grenznahe Zusammenarbeit

5. April 2017, Mierzęcin

41. Sitzung des Ausschusses für interregionale Zusammenarbeit der Deutsch-Polnischen Regierungskommission fand am 5. April 2017 in Mierzęcin, Woiwodschaft Lebus, statt. Während der Sitzung des deutsch-polnischen Gremiums wurden die Positionen der deutschen und polnischen Regionen zu Grundlagen der Kohäsionspolitik in der neuen Förderperiode 2020+ behandelt. Gegenstand der Beratungen waren Migration und Integration auf dem Arbeitsmarkt in Polen und in Deutschland sowie die Prävention von Intoleranz und Engagement für sozialen Zusammenhalt.

Die Ausschussmitglieder haben die Positionen der polnischen und deutschen Regionen zur Kohäsionspolitik 2020+ zur Kenntnis genommen, die ein wichtiges Instrument zum Aufbau des gemeinsamen, integrierten Europas ist. Der Ausschuss spricht sich für Maßnahmen zur Fortführung der Kohäsionspolitik aus. Darüber hinaus unterstreichen die Ausschussmitglieder die große Bedeutung der Programme der Europäischen Territorialen Zusammenarbeit, die für interregionale und grenznahe Zusammenarbeit besonders wichtig sind.

Die Ausschussmitglieder wiesen auf das Potenzial der Migration von Qualifizierten für den Arbeitsmarkt von Polen und Deutschland hin und äußerten angesichts der bisherigen Entwicklung die Ansicht, dass Migration gut ausgebildeter Fachkräfte eine wichtige Rolle für die polnischen und deutschen Regionen spielen wird. Transparente Einwanderungsregeln, Perspektiven eines dauerhaften Aufenthalts und der Integration in die lokale Gemeinschaft werden darüber entscheiden, ob Städte und Gemeinden die Potenziale qualifizierter Zuwanderung für sich werden nutzen können. Es wurde auf den Bedarf für eine breitere berufliche und sprachliche Bildung im neuen Finanzrahmen hingewiesen.

Die Ausschussmitglieder stellen mit Sorge fest, dass in europäischen Gesellschaften Respektlosigkeit und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zunehmen. Die Bandbreite an betroffenen Gruppen und die Vielfalt der Ausdrucksformen der Respektlosigkeit im Alltag wachsen kontinuierlich. Die Ausschussmitglieder verurteilen entschieden die aktive und verbale Gewalt, die ein Ausdruck von Diskriminierung ist. Sie weisen auf die Rolle der deutschen und polnischen Akteure bei ihrem Engagement für einen wertschätzenden Umgang und auf ihre Bemühungen um einen stärkeren sozialen Zusammenhalt hin. Der Einsatz für die Zivilgesellschaft sollte verstärkt und unterstützt werden.

Bezugnehmend auf das Schwerpunktthema „Vielfalt“ des Deutsch-Polnischen Jugendwerks für die Jahre 2017-2019 erklären die Ausschussmitglieder ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit bei der Realisierung von gemeinsamen Initiativen. Das Deutsch-Polnische Jugendwerk bindet die Beschlüsse aus der Beratung des Ausschusses bei seiner Schwerpunktarbeit ein. Die Ausschussmitglieder sprechen sich für den Ausbau von vielfältigen kulturellen Initiativen aus, die ein ausgezeichnetes Instrument der Integration und des sozialen Zusammenhalts darstellen.

Die nächste Sitzung des Ausschusses für interregionale Zusammenarbeit findet im Frühjahr 2018 in Berlin statt.

Mierzęcin, 5. April 2017

Elżbieta Anna Polak
Ko-Vorsitzende des Ausschusses
für interregionale Zusammenarbeit
auf der polnischen Seite

Thorsten Klute
Ko-Vorsitzender des Ausschusses
für interregionale Zusammenarbeit
auf der deutschen Seite